

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u.  Kreis Merseburg
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 57.

Freitag, den 15. April 1921

161. Jahrgang.

Tageschronik

Bermittlungsverträge in der Reparationsfrage.
Die vorstehenden Friedensverhandlungen mit Amerika, Späts Entschlossenheit des britischen Angebots in London, Stegerwalds Mission nebst sich dem Ende an. Eine indirekte Befähigung des englisch-französischen Geheimabkommens.
Die Resolution Knox im amerikanischen Senat.
Der englische Generalstreik erscheint unvermeidlich.

Neue Verhandlungsmöglichkeiten. Die Vermittlung der Schweiz.

Der Vermittlungsversuch, der seitens einer neutralen Macht unternommen worden ist, um den neuen Präzedenzfall der Vereinigten Staaten und Europa für ein Eingreifen zur Einleitung neuer Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland zu bestimmen, hat sowohl an Dienstag wie auch am Mittwoch das Kabinett eines eingehenden Beschlusses. Hierbei ist der Wille zum Ausdruck gekommen, die deutsche Politik müsse spätestens bis Ende dieser Woche abgeschlossen werden.

Die neutrale Macht, die die Vermittlung in der Reparationsfrage zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland übernehmen hat, ist die Schweiz. Die Schweiz hat sich auf Veranlassung anderer neutraler Staaten, wie Holland, Dänemark, Schweden, um die Übernahme der Vermittlung bereit erklärt. Dadurch gewinnt diese Vermittlung größere Bedeutung. Amerika hat sich mit der Vermittlung durch die Schweiz einverstanden erklärt.

Auch ein unmittelbarer Vorschlag an Amerika?

Das Reichskabinett soll auf Vorschlag des Außenministers Dr. Simons die Ablehnung einer Note an Amerika beschließen haben. In der Debatte hat die Vermittlung Amerikas in der Reparationsfrage erörtert und den Vorschlag zur Einleitung eines internationalen Schiedsgerichts zur Regelung der Reparationsfrage macht. Der Wortlaut der Note werde bereits im Auswärtigen Amt fertig gestellt, jedoch ist schon Anfang nächster Woche nach Washington abgehen könne. Anschließend hat die Schweiz ihre Vermittlung für Verhandlungen mit Amerika angeboten hat, erwidert die Weltbühne von diesem Vorschlag, unmittelbar mit der amerikanischen Regierung über die Reparationsfrage in Verbindung zu treten, recht unwahrscheinlich.

Deutsch-Amerikanische Friedensverhandlungen

In der nächsten Woche sollen Verhandlungen zwischen deutschen Vertretern und dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin einsetzen, die sich zunächst um eine Verständigung zwischen beiden Ländern über die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse drehen werden. Die Verhandlungen, die Erfolg versprechend sind, werden aber weiter ausgedehnt werden und sich auch mit einer deutschen Mission in Amerika beschäftigen, die als Wirtschaftskredit nachstehen soll, und schließlich die Friedensverhandlungen vorbereiten sollen.

Graf Montgelas deutscher Vertreter in Amerika?
Nach einer Meldung aus Washington hat die amerikanische Regierung für ein Bundesland, das jetzt schon ein deutscher Diplomat nach Washington kommt, um die deutschen Interessen zu vertreten. An politischen Kreisen wird erwartet, daß die deutsche Regierung für diesen Vorschlag den Grafen Montgelas ausserhalb habe.

Aussichtslosigkeit der Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Stegerwald verzichtet?
Stegerwald hat wieder den Versuch gemacht, die „große Koalition“ aufzulösen. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Sozialdemokraten bei Fortsetzung, Jünger, Kautz und Finanzen, erhalten. Die Demokraten sollen das Handelsministerium belegen, das Zentrum Ministerpräsident und Volkswirtschaft. Die Deutsche Volkspartei sollte zwei Portefeuilles erhalten. Die Sozialdemokraten, denen Stegerwald diesen Vorschlag machte, haben abgelehnt. Damit ist der Gedanke der großen Koalition endgültig gescheitert.

Der Wert der deutschen Angebote. Verbortheit der Feinde oder deutsche Ungeschicklichkeit?

Die „Mornina Post“ berichtet aus Paris, die Wiederherstellung eines Angebots habe zu ihrer eigenen Überzeugung festgestellt, daß das feineraktive deutsche Angebot eine Summe darstelle, die den von der Pariser Konferenz geforderten Betrag übersteige. Der Vertreter des „United-Telegraph“ erklärt im Anschluß daran von einem führenden englischen Finanzmann, dieses Ergebnis sei für Londoner einseitige Ansicht keineswegs neu. Man habe schon seit langer Zeit genutzt, daß das von Simons gemachte Angebot tatsächlich den Pariser Forderungen entspräche. Man hatte sich schließlich diese Tatsache nicht rechtlich veranlassen lassen. Der Gewerksmann des Vertreters des „United-Telegraph“ erklärte ebenfalls:

„Die Pariser Konferenz veranlaßt innerhalb von 5 Wochen Zahlungen in Höhe von 16 Milliarden, wofür das deutsche Angebot wohl auf den ersten Blick einen viel geringeren Betrag darzustellen läßt. Aber ich weiß, daß sogar die deutsche Volkspartei fundierten Mäße hatte, aus dem Angebot nun zu werden und seine Tragweite festzustellen. Nichtsdestoweniger war die Londoner Konferenz, nachdem die deutschen Vorkläufe eingereicht waren, schon mit dem Abschluß fertig. Ohne daß die Sachverständigen der Entente, die der Angelegenheit noch weit ferne anemüßig wären, als die deutsche Volkspartei, in der Lage gewesen wären, sich ein tatsächliches Bild von dem Inhalt zu machen. Nachdem die Finanzleute jetzt imstande waren, den Vorkläufe zu prüfen, kam man zu dem Ergebnis, daß das Angebot trotz einer sofortigen Zahlung von nur 15 Milliarden einen etwas beträchtlichen Rest von 16 Milliarden beinhalte, was in Paris bekannt worden war.“

Der Gewerksmann des Vertreters des „United-Telegraph“ ist der Ansicht, daß eine wirklich geschickte Darstellung irgendwelcher Vorteile in England keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten würde.

Für ein Geschäftsministerium zeigen sowohl die Sozialdemokraten, wie auch die Demokraten sehr geringe Reue.

Stegerwald macht augenblicklich noch einen letzten Versuch. Die Meinung geht aber dahin, daß auch dieser Versuch scheitern wird und Stegerwald noch im Laufe des heutigen Tages auf seine Mission verzichten wird.

Ueber 9 Millionen Mark Aufrührerschaden.
Nach einer Feststellung im Oberpräsidium der Provinz Sachsen beträgt der Schaden an Gebäuden, Materialien und Barneid während des Auftrubs in der Provinz Sachsen über 9 Millionen Mark. (Diese Schätzung dürfte sich als viel zu niedrig erweisen, denn damit dürfte kaum der tatsächliche Schaden zu erfassen sein.)

Die Beschlagnahme der „Roten Fabrik“ gerichtlich bestätigt. Die Beschlagnahme der „Roten Fabrik“ durch die Staatsanwaltschaft ist vom Gericht bestätigt worden. Ebenso wurde die Beschlagnahme von Teilen der Rotationsmaschinen als zu Recht erklärt.

Der Streik in der Dresdener Kigarrenindustrie abgebrochen. Die streikenden Kigarrenführer in der Dresdener Kigarrenindustrie haben sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt, nachdem ihnen eine Lohnzulage gewährt worden war. Die Wahrung der Kigarrenarbeiter wurde daraufhin aufgehoben, und die Arbeit sofort wieder aufgenommen.

Grundlose Verhandlungen durch die Franzosen.

Die französische Besatzungsbehörde in Duisburg verweigerte den ersten Reingewinn, Regierungsrat Dr. Blum, und den Polizeikommissar Klein ohne Angabe von Gründen. Die Besatzungen wurden in das Gerichtsfängnis abgeführt.

Anzeigenpreis Der Tagb. Mittl. 30 Pf. und der Sachb. Mittl. 40 Pf. Restomeraum Nr. 1.— Die laufende Monatsanmeldung wird vom Verleger auf seine Anzeigen in Koblenz angenommen. Abrechnung über 50 Pf. Porto besonders. Norm. Anzeigensatz 11 Uhr vorm. Rest für 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird bestimmt.

Eine Entscheidungsfrage für die Volksernährung.

Man schreibt uns von unterrichteter Seite: Unsere heimische Landwirtschaft kann für den großartigen Ausbau von Sachfrüchten die Saisonarbeiter nicht entbehren. Ist nicht noch in diesen Tagen volle Gewissheit abzuwarten, daß der Bedarf an Saisonarbeitern gedeckt wird, dann muß die Frage sein, daß weitere Strecken Landes mit Kulturmitteln bebaut werden und die Arbeitskräfte für Sachfrüchte zur Verfügung. Das bedeutet für unsere Ernährung einen gefährlichen Schlag. Und doch kann es nicht nur dem Landwirt nicht zugemutet werden, sondern es würde auch höchst unwirtschaftlich sein, Sachfrüchte anzubauen, deren pflanzliche Behandlung, ja deren Ernte nicht einmal gesichert ist. Es ist eine nichtigende Lebensart, wenn von tabellarischer Seite die Notwendigkeit der Saisonarbeiter mit dem Hinweis auf die reichlich vorhandenen heimischen Arbeitskräfte behauptet wird. Landwirtschaftliche Arbeitskräfte sind keineswegs reichlich vorhanden und die vorhandenen Arbeiter sind für die Sachfrüchtereibereitung nur selten, meist aber gar nicht zu haben. Städtische Arbeitskräfte kommen auch kaum in Frage. Zigarrenarbeiter mit landwirtschaftlicher Kenntnis erscheinen an und für sich zwar durchaus geeignet, dem Lande zugeführt zu werden. Es ist überhaupt verbietet sich und notwendig, alle vom Lande abgehenden wieder dahin zu bringen. Augenblicklich aber scheitert die Januar folger Arbeitskräfte allein an der unzureichenden Beschaffung geeigneter Wohnungen.

Es muß sofort und ausreichend geholfen werden. Bis zum 15. April spätestens hätte der Bedarf der Landwirtschaft an Saisonarbeitern gedeckt, wenigstens sicherzustellen sein müssen. Sonst ist es für den Ausbau von Sachfrüchten für die diesjährige Ernte zu spät. Die pommerische Landwirtschaft hat einen Bedarf von 23 000 Saisonarbeitern dem Landesbesitzamt angemeldet. Auch sorgfältiger Prüfung hat dieses rund 20 000 Saisonarbeiter freigegeben. Davon dürften noch rund 5000 im Dienst der Landwirtschaft stehen, etwa 7000 sind durch den Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer angefordert, und der Rest soll freibändig durch Rommelter usw. beschafft werden. Diesen Bedarf an Saisonarbeitern auszufüllen werden, möglichst sicherzustellen zu werden, hat auch das Reichsarbeitsministerium zugesagt. Soweit die Landwirte Sachfrüchte anfordern haben, können sie beschafft werden. Aber der beim Arbeitsnachweis der Landwirtschaftskammer gemeldete Bedarf an Polen kann nur zu etwa einem Fünftel gedeckt werden. Auch die freibändige Beschaffung polnischer Saisonarbeiter scheitert an der geschlossenen polnischen Grenze.

Nun lassen sich zweifellos die Polen stellenweise durch Sachfrüchte ersetzen. Letztere sind aber nicht zu bewegen, in Preußen von weniger als 20 Mark an Arbeit zu leisten, ebenso können nicht Sachfrüchte da eingesetzt werden, wo schon Polen sind. So bleibt ein Bedarf von 6000—10 000 Saisonarbeitern ungedeckt, und das bedeutet für die Volksernährung, daß 24 000—40 000 Morgen Saat mit Sachfrüchten, mit Futtermitteln bebaut werden. Nun haben wir in den Internierten-Lagern Zehntausende von Russen, die gar nicht daran denken, Volkswirtschaft zu sein. Sie sind im Gegenteil schon in den Lagern fortgeschrittener Arbeiter durch die bolschewistischen Kommunisten ausbeutet. Die Minderzahl in das bolschewistische Lager bedeutet für sie Tod oder Verbannung. Unter ihnen sind Tausende landwirtschaftlicher Arbeiter fundig und gewohnt. Sie sind zu Arbeitsgemeinschaften zusammenzufassen und bereit, die Arbeit aufzunehmen. Weil es die Not gebietet, hat der Landbau gefordert, daß diesen Internierten das Recht gegeben wird, als Saisonarbeiter zu gehen.

Bisher hat jedoch das Reichsarbeitsministerium die Genehmigung verweigert mit der feststehenden Begründung, daß zu befürchten sei, die Russen würden dann herbeiziehen. Das Reichsarbeitsministerium hat also nichts gegen die Einreise von polnischen und russischen Saisonarbeitern einzuwenden, obwohl sie mit Arbeit und Regel zu treffen pflegen. Aber das Reichsarbeitsministerium kann seine Zustimmung nicht geben, daß die von uns zu ernährenden Russen ihre Arbeitskraft in der Sicherstellung der Volksernährung nutzbar machen. Im Wirklichkeit darf sich hier bürokratische Feindschaft mit der gleichen Furcht von den Massen, die das Reichsarbeitsministerium „müßigstellen“ könnten. Deshalb sieht man die tabellarische Verhältnisse loben, daß 10 000 Volkswirtschaftler für „Sommer“ verlangt werden. Deshalb läßt man die Landwirtschaft wieder verheißigen, daß es für nur ein „billige Arbeitskräfte“ zu tun sei, um die deutschen Arbeiter unterzubringen“. Das Reichsarbeitsministerium weiß es besser! Es hat anerkannt, daß der Sachfruchtanbau bis auf

zweites. Volkswirtschaft und Sozialpolitik bilden die Abhaltung...
...der Vorarbeiten in dieser Angelegenheit reichen weit zurück und sind des öfteren durch finanzielle Kräfte...
...der Verlauf der Beratungen erobert ein einmütiges Erkenntnis...

Die Einheitssteuerfrage

* Am Reichsministerium des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Der Verlauf der Beratungen erobert ein einmütiges Erkenntnis...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Die neu erstellte Reichsaufsichtskommission...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Einreichung der Reichsaufsichtskommission der...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Das Reichsaufsichtskommission der Reichsaufsichtskommission...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Wahlrecht mit dem Ausland...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...
...der Reichsminister des Innern hat, wie schon kurz...

Letzte Depeschen

Neue Annahmen der Befahungsbehörde.

Duisburg, 15. April. Auf Befehl der Befahungsbehörde...
...der Befahungsbehörde sollen die Gewerkschaften...
...der Befahungsbehörde sollen die Gewerkschaften...

Französische Vermittlungen über das deutsche Angebot.

Paris, 15. April. Der Vertreter des „Journal“ will wissen...
...der Vertreter des „Journal“ will wissen...
...der Vertreter des „Journal“ will wissen...

Die Ungewissheit über den englischen Generalstreik.

London, 15. April. (Ein. Draht.) Die Gewerkschaften...
...die Gewerkschaften treffen die für den...
...die Gewerkschaften treffen die für den...

Andere Maßnahmen drohen lauten.

London, 15. April. (Ein. Draht.) Die Gewerkschaften...
...die Gewerkschaften treffen die für den...
...die Gewerkschaften treffen die für den...

Die österreichische Regierung gibt den Aufschub auf.

Wien, 15. April. Ueber den Standpunkt der österreichischen...
...die österreichische Regierung...
...die österreichische Regierung...

Die Tiroler bleiben fest.

Innsbruck, 15. April. Der Protest der Entente gegen die...
...die Entente gegen die...
...die Entente gegen die...

Zusammentritt des auswärtigen Ausschusses des Reichstages.

Berlin, 15. April. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages...
...der auswärtige Ausschuss des Reichstages...
...der auswärtige Ausschuss des Reichstages...

Antrag auf Aufhebung der Milch- und Butterzwarzwirtschaft.

Berlin, 15. April. Die deutsche nationale Fraktion im...
...die deutsche nationale Fraktion im...
...die deutsche nationale Fraktion im...

Die Zuckerzölle.

für Monat Mai und Juni ist auf je 750 Gramm festgesetzt.

Der Fremdenlohn.

* Wir machen nochmals auf das heute (Freitag) abend...
...das heute (Freitag) abend...
...das heute (Freitag) abend...

Die Zuckerzölle.

für Monat Mai und Juni ist auf je 750 Gramm festgesetzt.

Die Zuckerzölle.

für Monat Mai und Juni ist auf je 750 Gramm festgesetzt.

Aus Provinz und Reich

Gedächtnisfeier für Dr. Martin Luther.

+ Ludwigsburg, 14. April. Zur Erinnerung an den Reform...
...zur Erinnerung an den Reform...
...zur Erinnerung an den Reform...

+ Nordhausen, 14. April. Am Gedächtnis des Reform...
...am Gedächtnis des Reform...
...am Gedächtnis des Reform...

+ Gießen, 14. April. Für die Luther-Gedächtnisfeier am 4...
...für die Luther-Gedächtnisfeier am 4...
...für die Luther-Gedächtnisfeier am 4...

+ Bitterfeld, 13. April. Die Stadt wird im Anschluss an...
...die Stadt wird im Anschluss an...
...die Stadt wird im Anschluss an...

+ Groß-Sieghart, 13. April. Die Stadt wird im Anschluss an...
...die Stadt wird im Anschluss an...
...die Stadt wird im Anschluss an...

+ Wittenberg, 13. April. Die Stadt wird im Anschluss an...
...die Stadt wird im Anschluss an...
...die Stadt wird im Anschluss an...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

+ Halle, 13. April. Am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...
...am Landrechtssaal sollen einem...

